

Paibacher Zeitung.

Nr. 119.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. 7-50.

Freitag, 24. Mai.

Insertionsgebühr: Für kleine Anzeigen bis zu 4 Seiten 25 fr. größere pr. Seite 6 fr.; bei älteren Wiederholungen pr. Seite 3 fr.

1878.

Nichtamtlicher Theil.

Zur politischen Situation.

Alle Berliner Meldungen stimmen darin überein, daß man auch in der deutschen Reichshauptstadt Näheres über die Mission Schuvaloffs nicht wisse, jedoch auf ein friedliches Resultat derselben hoffe. Die politische und diplomatische Situation erscheint somit im wesentlichen auch heute noch unverändert. Der Schwerpunkt derselben ruht augenblicklich wieder in London, wo Graf Schuvaloff sich anschickt, die Ergebnisse seiner Reise nach St. Petersburg im Sinne einer russisch-englischen Verständigung zu verwerthen. Fast die gesamte europäische Presse bezeichnet das gegenwärtige Stadium der Entwicklung als ein hoffnungsvolles und befriedigenderes. In einem Theile der englischen Blätter werden lediglich Besorgnisse wegen der militärischen Haltung Russlands der Türkei gegenüber laut, da diese mit den von St. Petersburg aus verkündeten friedlichen Tendenzen Russlands einigermaßen im Widerspruch stehen. Ein telegraphisch signalisierter Artikel der "Agence russe" beeilt sich daher, auch nach dieser Richtung möglichst beschwichtigend und beruhigend einzutreten. Der erwähnte Artikel lautet:

"Wenn man die Situation von einem höheren, unparteiischen und gleichsam unpersönlichen Standpunkte aus betrachtet, läßt sie sich folgendermaßen resumieren: England hat unter einer Tory-Regierung das Bedürfnis gezeigt, der Welt zu beweisen, daß es noch das große England der Cannings und Castlereaghs sei und daß sein Reichthum, seine Marine und seine Actionsfähigkeit derart sind, daß es seinen einstigen Ruhm und seine alte Macht aufrecht erhalten könne. Die militärischen Vorbereitungen, welche es plötzlich auf seinem ganzen Gebiete, in allen Meeren und in seinen fernern und großen Kolonien getroffen, haben dies hinlanglich bewiesen, so daß niemand mehr daran zweifeln kann. Russland auf der anderen Seite — nachdem es eben erst einen heroischen und großen Aufwand erfordernden Krieg beendet, und obwohl es nicht die gleichen pecuniären Hilfssquellen wie England hat — Russland, welches jedoch als Gegengewicht die unvergleichliche Macht von 85 Millionen um eine Fahne gescharter Menschen besitzt und mit seinem Herrscher den gleichen Pulschlag und das gleiche Herz theilt, hat bewiesen, daß es bereit wäre, leicht einem neuen Krieg ins Auge zu schauen und die großartige Epopoe seiner nationalen Opfer, seiner großen historischen Thaten für die Vertheidigung und den Triumph seiner Ehre, seiner Würde und seiner theuersten Überzeugungen zu erneuern, bereit auch, dem englischen Handel auf allen Meeren schreckliche Schläge zu versetzen. Dieser doppelte Beweis wurde die ganze letzte Zeit

vor aller Augen geführt. Man müßte aber an der menschlichen Einsicht irre werden, wenn man nicht dächte, daß nach dieser wechselseitigen Ausbreitung von Macht, Gewalt und beispiellosen Zwangsmitteln die Regierungen, welche über sie verfügen, sich, ehe sie ihre Zuflucht dazu nehmen, die Frage vorlegen, ob das Uebel, das jede von ihnen der anderen zufügen würde, durch die Vortheile aufgewogen wird, die dieses Uebel ihr selbst bringen würde. England kann Russland sicherlich viel Schaden zufügen. Eben so gewiß kann Russland England, welches seine außerordentliche materielle Entwicklung zur Ertragung der Geißeln des Krieges ungeeigneter als jeden anderen Staat macht, unermäßlich schädigen. . . . Aber wenn die ruhige und unparteiische Vernunft leicht die fremden Interessen erkennen kann, denen diese gegenseitige Schwächung der zwei Hauptfactoren Europa's dienen kann, sucht sie vergebens die präzisen, materiellen Vortheile, welche für den einen oder den anderen derselben daraus resultieren könnten, während umgekehrt nichts leichter ist, als die ungeheuren persönlichen Vortheile und allgemeinen Wohlthaten in Bezug auf materielle ebenso wie auf moralische Ordnung festzustellen, welche aus diesen ungeheuren, von Russland und England aufgebrachten Machtmitteln entstehen können und müssen, wenn sie nicht mehr, um sich zu schaden, sondern um sich gegenseitig auf dem weiten Gebiete ihrer gemeinsamen Action für ihre wechselseitigen Interessen und für diejenigen Europa's und der Humanität zu unterstützen, angewendet werden."

Auf die englische Presse hat der vorstehende Artikel der "Agence russe" einen sehr guten Eindruck gemacht. "Standard" betrachtet es als einen sehr wesentlichen Gewinn für die Sache des Friedens, daß Russland das Recht Europa's, an der Regelung der orientalischen Frage theilzunehmen, anerkenne; "Daily News" sind ihrer ganzen Haltung nach von dem Artikel der "Agence russe" noch mehr entzückt, da gegen hält der "Daily Telegraph", welcher von Anfang an für ein militärisches Einchreiten Englands zugunsten der Türkei eintrat, die beunruhigenden Nachrichten, die ihm über russische Truppenbewegungen vor Konstantinopel zukommen, der friedlichen Sprache, die an der Newa geführt werde, entgegen.

In einem Briefe des "Journal des Débats", welcher die gegenwärtige Situation behandelt, ist auch von der Stellung Österreich-Ungarns zu derselben die Rede. "Graf Andrássy — heißt es da — der sich nur von den österreichisch-ungarischen Interessen leiten ließ, hat sich die Hände nach keiner Seite hin gebunden: er hat darauf gehalten, sich die vollständige Actionsfreiheit zu bewahren, und hat stets jedem die Wahrheit gesagt. Er hat den türkischen Staatsmännern schon lange Zeit vor dem Krieg die

Nothwendigkeit vorgestellt, Reformen einzuführen und Bürgschaften ihres guten Willens zu geben. Den russischen Staatsmännern sagt er heute, daß sie nicht das Recht haben, für sich allein eine Frage vom europäischen Charakter, wie die orientalische, zu regeln, und daß er gewisse Artikel des Friedens, welchen sie der Türkei auferlegt haben, zurückweise. Den Volksvertretungen Österreichs und Ungarns erklärt er, daß es sein größter Wunsch ist, den Frieden zu erhalten, und daß er das zu erreichen hoffe, ohne ein wesentliches Interesse der Monarchie zu opfern."

Oesterreichischer Reichsrath.

75. Sitzung des Herrenhauses.

Wien, 21. Mai.

Unter den Einläufen befindet sich eine Zuschrift des Handelsministers Ritter v. Chlumeky, womit dem Hause der Entwurf des neuen, mit dem österr.-ungar. Lloyd abgeschlossenen Uebereinkommens vorgelegt wird.

Nach der vollzogenen Wahl zweier Mitglieder in den Staatsgerichtshof und eines Mitgliedes in die Ausgleichskommission gelangt in zweiter Lesung die Regierungsvorlage zur Verhandlung, betreffend den Gesetzentwurf, wodurch der die Stempel- und Gebürenfreiheit im Zivilprozeß genießende Kläger, von der Verpflichtung befreit wird, dem Bellagten für die Gerichtskosten Sicherheit zu leisten oder zu beschwören, daß er diese Sicherheit nicht leisten könne.

Das Gesetz wird in der Fassung der Regierung und der juridischen Kommission unverändert in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Über Antrag des Präsidenten beschließt das Haus, das heute vom Abgeordnetenhaus beschlossene Provisoriumsgesetz, welches dem Präsidenten soeben zugekommen, heute noch in Behandlung zu ziehen.

Es wird hierauf der allgemeine Zolltarif in Beratung gezogen.

Freiherr v. Hyne weist in der Generaldebatte nach, daß die Bedrückung der ärmeren Klasse der Bevölkerung, die man aus der beantragten Erhöhung des Kaffeezolles herleiten wollte, nur eine scheinbare, feineswegs aber so erheblich sei, als man von verschiedenen Seiten glauben machen wollte.

Fürst Czartoryski will nur aus Rücksicht für das so nothwendige Zustandekommen des Ausgleiches die Erhöhung des Kaffeezolles bewilligen. Die Bevölkerung wird übrigens wissen, wen sie dafür verantwortlich zu machen hat, wenn ein fiskalischer Vortheil den Wünschen der Bevölkerung übergeordnet wird.

Nachdem noch der Berichterstatter Freiherr von Winterstein gesprochen, ergreift Finanzminister Frei-

Teuilletton.

Der Kaffee.

Historische Skizze.

Von den, wie man annimmt, hundert Millionen Menschen, die allmorgentlich ihr Schälchen Kaffee zum Munde führen und dem Schöpfer für diesen Lieblingskraut täglich danken, nimmt auch heute noch die Mehrzahl an, daß sie diesen Hochgenuss dem glücklichen Arabien verdanke. Die Idee des Mokkakaffee ist in Fleisch und Blut der Menschheit übergegangen, ist zur Sage geworden und lebt als solche ewig fort. Vor der Wissenschaft aber ist sie nicht stichhaltig, und so haben denn schon vor Jahrzehnten Niebuhr, Bruce, Ritter, Schimper u. a. nachgewiesen, daß der Kaffeobaum in Abyssinien heimisch sei. Im Süden der Provinz Enarea liegt Kafa, das heute noch, laut den Berichten der neueren Afrikareisenden, ein von wilden Kaffeebäumen bedecktes Bergland ist. Außer jenen Wäldern um Kafa findet er sich noch in Äthiopien und am Senegal wild, er kennzeichnet sich daher als ein entschieden dem afrikanischen Boden zugehöriger Baum, nirgends anderweitig. Der Franzose Reynier sagt, der Kaffeobaum des 15. Jahrhunderts ist er von da in die Landschaften nach Arabien verpflanzt, kultiviert und verbreitet worden. Der Gebrauch des Kaffees sei durch Äthiopier in und der eingeführt worden, welche bei den Einfällen ihrer Landsleute nach Arabien kamen und sich dort

niederließen. Der Gebrauch habe sich anfangs wahrscheinlich nur auf diese Familien beschränkt, da die geröstete Bohne seit unvordenlichen Zeiten in Abyssinien wie in Äthiopien zur Bereitung eines Aufgußgetränk gebraucht habe. Als aber Muhamed den Geistiger Getränke verbot, habe der Kaffeegenuss dieselben ersezt und sich mehr und mehr in den Ländern des Islam verbreitet.

Bei den Arabern wurde er alsbald so beliebt, daß dieselben sich eifrig auf den Anbau legten: heute weiß man, daß der Kaffee nirgends so vorzüglich gedeiht, als in Arabien, und zwar da, wo er in einiger Entfernung vom Meere auf den Hügeln angepflanzt wird; bald genoß es denn auch den Ruhm, der schönste Kaffeegarten des Orients und die Heimat des Kaffees zu werden, an welchem jetzt Millionen aller Kulturvölker der Erde partizipieren, und von wo aus der Kaffee sich zu einem Welthandelsartikel emporschwang. Bei allem findet sich in Arabien kein einziger wilder Baum der Art. Da der Kaffee sich aber erst von Arabien aus über alle Länder verbreitete, so war die Annahme, derselbe stamme aus Arabien, sehr natürlich, infolge dessen man ihn "Coffea arabica" nannte. 1690 brachten die Holländer auf Veranlassung des Nikolas Wittem, Direktor der Ostindischen Compagnie und Bürgermeister von Amsterdam, den Kaffeobaum nach Java, woselbst seine Kultur solche Fortschritte mache, daß schon 1719 ganze Schiffsladungen javanischen Kaffees nach Amsterdam kamen. 1743 sollen bereits 3.555,877 Pfund Java- und nur 13,368 Pfund Mokkakaffee nach Europa eingeführt worden sein.

Durch Wilson wurden auch Kaffeepflanzen in dem botanischen Garten zu Amsterdam eingepflanzt, auch erhielt Ludwig XIV. von den Holländern einen Kaffeearmung wie in Äthiopien zur Bereitung eines Aufgußgetränk gebraucht habe. Als aber Muhamed den Geistiger Getränke verbot, habe der Kaffeegenuss dieselben ersezt und sich mehr und mehr in den Ländern des Islam verbreitet.

Ganz Europa huldigte dem braunen Trank; Benidig, Genua und Marseille waren es, die den Kaffee massenhaft einführten und sich durch diesen Handel bereichert. Nach England soll er 1652 durch den Kaufmann Edwards, der in Handelsverbindungen mit der Levante stand, gekommen sein. Derselbe hatte einige Säcke voll von dieser Ware nach London gebracht, und da sein aus Smyrna gebürtiger Diener Panhoia die Zubereitung derselben verstand, so währte es nicht lange, daß die Sache bekannt wurde, alle seine Freunde wünschten, das neue Getränk kennenzulernen, sein Haus wurde nie leer, denn auch Fremde drängten heran und baten um die gleiche Gunst. Die Sache wurde ihm läufig und er gestattete seinem Diener, einen Kaffeeschank zu eröffnen. Nach anderen Angaben war es eine Sklavin, die ihm den Kaffee gebräut, der er die Freiheit schenkte, sie mit seinem Diener verheiratete

herr v. Pretis das Wort, um gegenüber den Ausführungen des Fürsten Czartoryski darzuthun, daß ein Minister sich bei seiner Action eben nur von dem Bewußtsein leiten lassen könne, das Rechte und das Wohl der Bevölkerung anzustreben. Uebrigens gibt der Minister der Hoffnung Ausdruck, daß, wenn wir von den Heimsuchungen internationaler Verwicklungen befreit bleiben und auf dem Wege beharren, den die Regierung bisher eingeschlagen, wir nicht mehr weit von dem angestrebten Ziele der Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte entfernt seien.

Der Zolltarif wird sodann nach der Fassung der Kommission und ebenso das Einführungsgesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Nach einem vom Berichterstatter Freiherrn von Winterstein erstatteten mündlichen Berichte wird sodann das heute vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz über Verlängerung des Provisoriums bis Ende Juni d. J. in zweiter und dritter Lesung unverändert angenommen.

Der Tag der nächsten Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben werden.

385. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 21. Mai.

Freiherr v. Scharschmidt berichtet über das Gesetz, betreffend die Verlängerung des Ausgleichsprovisoriums bis Ende Juni, und empfiehlt die Annahme des Gesetzes.

Dr. Pražák erklärt den gegenwärtigen Zustand für unhaltbar; die fortwährenden Provisorien machen einen lästigen Eindruck. Hätte man im Jahre 1867 sich vor Augen gehalten, welche Folgen die „Monarchie auf Kündigung“ haben werde, so würde man wol anders vorgegangen sein. Statt eines einmonatlichen Provisoriums wünscht der Redner ein solches auf zwei Jahre, indem er die Hoffnung ausspricht, daß bis dahin ein neues Ministerium ans Ruder gelangen und der definitive Ausgleich aller Nationalitäten in Österreich durchgeführt sein könne.

Nach einer kurzen Replik seitens des Referenten wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Das Haus setzt hierauf die Spezialberathung über das Gebäudesteuergesetz fort.

Zu § 6 (Ausmaß der Hausszinssteuer) haben sich neuerlich elf Redner gemeldet.

Auspitz vertheidigt die Ausschlußanträge, Dr. Ritter v. Krzeczonowicz empfiehlt den Ermäßigungsantrag des Dr. Heilsberg, Dr. Keil stellt ein Amendingement zugunsten Salzburgs, Dr. Stöhr ein solches zugunsten der neu emporstrebenden Kurorte und Dr. Rodler eines für die Vororte Wiens.

Es wird Schluß der Debatte beantragt und angenommen; es sprechen noch als Generalredner für die Ausschlußanträge Dr. Beer und gegen dieselben Dr. Ritter v. Wittmann, und außerdem der Referent Dr. Mengler, worauf zur Abstimmung geschritten wird.

Nach dem Ausschlußantrag soll die Hausszinssteuer für die im Verzeichnis A angeführten Orte mit 25 Prozent, für die anderen mit 20 Prozent bemessen werden; nach den Anträgen von Neuwirth und Dr. Heilsberg aber nur mit 24 und 18 Prozent. Diese niedrigere Ziffer wird bei doppelter namentlicher Abstimmung angenommen.

und dem jungen Chepaar das Kaffeehaus einrichtete, und zwar mit der Anzeige: The virtue of the Coffee-drink publicly made and sold in England by Posqua Roses etc. Dieses erste Kaffeehaus stand in S. Michaels Alley, Cornhill, an der Stelle, wo später das „Virginia-Coffeehouse“ stand. Im Londoner „Advertiser“ vom 25. Mai 1657 war zu lesen: „In Bartholomew-Lane, hinter der alten Bank, kann man das Getränk, „Kaffee“ genannt, morgens und nachmittags 3 Uhr trinken.“ Erst im Jahre 1660 wird der Kaffee in den „Statute-Books“ genannt, da man von allen, die mit Kaffee ein Gewerbe treiben, auch Abgaben forderte. Karl II. erließ 1663 ein Verbot gegen die Kaffeehäuser, da er sie für den Herd der Unzufriedenheit ansah, von wo aus man die königliche Regierung unglücklich und den Frieden und die Ruhe des Volkes störe — das Verbot zog aber solchen Aufruhr nach sich, daß es nach wenigen Tagen aufgehoben werden mußte.

Nach Frankreich brachte ihn Herr v. Merville, als er 1644 von seiner Reise aus der Levante heimkehrte, nach Marseille, woselbst sich bald darauf ein von einem Armenier gegründetes Kaffeehaus etablierte. Ein Jahrzehnt später kam er als ausländische Curiosität durch den bekannten Thevenot, der im Jahre 1657 von seinen Reisen aus dem Orient zurückkam, nach Paris, wo er seine Freunde mit diesem neuen Getränke bewirthete. Indessen vergingen doch wieder mehr denn zehn Jahre, ehe der Kaffee dort wirklichen Eingang fand und das später so lange Zeit hindurch berühmte „Café Procope“ entstand.

(Fortsetzung folgt.)

Alle übrigen Amendements werden abgelehnt und § 6 sonst unverändert beschlossen; nur bei Czernowitz werden die Vorstädte von der höheren Steuer ausgenommen.

Ritter v. Schönher und Genossen interpellieren den Finanzminister wegen der Siftierung der Grundsteuerregulierungs-Arbeiten.

Die nächste Sitzung findet Donnerstag, 23. Mai, statt.

Die indische Frage im englischen Parlamente.

Beide Häuser des englischen Parlaments haben sich am Montag abends mit der Sendung indischer Truppen nach Malta beschäftigt. Im Oberhause lenkte Lord Selborne, der ehemalige Lordkanzler, die Aufmerksamkeit des Hauses auf diesen Schritt, welcher der „Bill of Rights“ widerspricht. Nach der „Bill of Rights“ darf die Regierung ohne Genehmigung des Parlaments keine stehenden Truppen unterhalten. Für die englische Armee wird alljährlich die Meuterei-Bill erlassen. Nun ist aber die Frage, ob die indischen Truppen, deren Existenz ebenso wie die der englischen Truppen auf einer Parlamentsakte beruht, nicht durch die Parlamentsakte vom Jahre 1858, die sie für königliche Truppen erklärte, die Fähigkeit erlangt haben, auch in Europa verwendet zu werden. Die Opposition bestreitet, wie gesagt, das Recht der Krone, diese Truppen nach Europa zu ziehen, und beruft sich hiebei auf die Ansicht der großen parlamentarischen Politiker früherer Generationen, insbesondere auf Fox, Sheridan, Burke u. a. m. Fox hat seinerzeit, als die Regierung hannoveranische Truppen (vorübergehend) nach der Insel Wight brachte, erklärt, daß, wenn man einen solchen Missbrauch hingehen lasse, die Verfassung selbst ihm gefährdet erscheine. An der Debatte im Oberhause, die Montag abends stattfand, haben sich vonseiten des Ministeriums der Lordkanzler Lord Cairns und der Premier Lord Beaconsfield betheiligt, vonseiten der Opposition die Ex-Minister Cardwell und Granville; ein Besluß wurde nicht gefaßt.

Im Unterhause hat Lord Hartington eine förmliche Tadelresolution beantragt, die sich jedoch nicht auf das politische Gebiet erstreckt, sondern nur die verfassungsmäßige Seite der Frage ins Auge faßt. Die Regierung, welche fühlt, daß nach dieser Seite hin ihre Position schwach ist, hat durch den Colonial-Sekretär Sir Michael Hicks-Beach eine Gegenresolution beantragen lassen, durch welche die Frage vom staatsrechtlichen und constitutionellen auf das politische Gebiet hinübergreift. Vonseiten der Regierung scheint in die Debatte bis jetzt nur Mr. Stanhope, der neue Unterstaatssekretär für Indien, eingegriffen zu haben. Für die Opposition sprach außer Lord Hartington noch Sir William Harcourt, durch seine rechtsgerichtlichen und völkerrechtlichen Arbeiten weit über die Grenzen Englands bekannt. Die Debatte dürfte noch zwei bis drei Sitzungen in Anspruch nehmen, da die Opposition die Rechtsfrage gründlich discutiert wissen will und in diesem Falle viele Anhänger der Regierung mit ihr übereinstimmen. An der Mehrheit für das Kabinett ist trotzdem nicht zu zweifeln.

Der neueste Putsch in Konstantinopel.

Konstantinopel, das im Laufe der letzten zwei Jahre bekanntlich eine Reihe der buntesten Verschwörungs- und Attentatsversuche in seinen Mauern erlebt, ist seit einigen Tagen um einen neuen, in seinen Motiven bisher noch nicht ganz aufgeklärten Putsch reicher, von dem nur so viel gewiß zu sein scheint, daß er seinen etwa beabsichtigten größeren Zweck nicht erreicht hat. Ob hiebei zwei oder drei Dutzend Menschenleben nutzlos geopfert werden, auf das scheint es den politischen Abenteuern in Konstantinopel nicht anzukommen. Ueber die Details dieser neuesten Palastrevolte liegt aus Konstantinopel, 20. d. M., folgende Mittheilung vor:

Beiläufig dreißig Flüchtlinge drangen Montag früh unverkehrt in den vom Ex-Sultan Murad bewohnten Garten mit den Rufen: „Es lebe der Sultan!“ ohne indessen den Namen des Sultans, auf den die Hochrufe sich bezogen, zu nennen. Als die Schlosswachen die Eindringlinge zurückweisen wollten, gaben einige derselben Feuer und tödten einen Soldaten. Herbeigeeilte Truppen verjagten die Eindringlinge, wobei es auf beiden Seiten Todte und Verwundete gab. Ali Suavi, welcher den Putsch organisiert und ausgeführt zu haben scheint, fand in demselben seinen Tod. Der Vorfall hatte weiter keine Folgen und die Ruhe wurde keinen Augenblick weiter gestört. Zwei der verhafteten Theilnehmer gaben an, den Zweck dieses Angriffes nicht gekannt und auf ein erhaltenes Lohnwort hin gehandelt zu haben.

Ali Suavi, unter Abdul Aziz wegen Conspirierens verbannt, wurde vor etwa zehn Jahren begnadigt und erhielt unter dem verstorbenen Sultan den Posten eines Direktors des türkischen Lyceums. Neuerdings durch seine verwegenen Agitationen compromittiert, wurde er jüngst von diesem Posten entfernt. Er war ein ein gesleichter Gegner Mithad Paschas — seines einstigen

Wohlthäters — zu dessen Verbannung er am meisten beigetragen hatte.

Ex-Sultan Murad bewohnt das vom Sultan Abdul Aziz erbaute immense Palais von Tscheregan. Dasselbe befindet sich am Bosporus, inmitte von Gärten zwischen den Vororten Beschiktasch und Ortaköy, hat eine äußerst isolierte Lage und ist weder zu Land noch zu Wasser leicht zugänglich; letzteres besonders noch deshalb, weil es den Schiffen strengstens verboten ist, den kaiserlichen Schlössern zu nähern. Die Schüsse, welche während des Putsches fielen, konnten daher weder von der Land- noch von der Wasserseite vernommen werden. Uebrigens wird allgemein versichert, daß Sultan Murad dem vorstehenden Ereignisse vollkommen fernstehe; er selbst hat eine diesbezügliche Erklärung abgegeben. Infolge dieser Affaire wurde der Marineminister abgesetzt und Bessin Pascha zum Marineminister ernannt. Der Nachfolger des Kriegsministers ist noch unbekannt.

Der Aufstand in Rumelien.

Ueber den Aufstand im Rhodopegebirge erhält die „Pol. Kor.“ aus Stanimaka, südlich Philippopol, vom 13. d. den nachstehenden Bericht: „Vorgestern nachmittags fand in der Nähe von hier zwischen einer Compagnie russischer Infanterie und etwa 150 Bosnien ein unbedeutendes Scharmützel statt, wobei beiderseits einige Todte und Verwundete blieben. Heute traf ein Bataillon des Infanterieregiments Benja (9. Corps) von Philippopol mit zwei Geschützen hier ein, um die hiesige Garnison zu verstärken. Da man in den letzten Tagen die Wahrnehmung gemacht hat, daß sich die Revolte immer mehr nach Westen ausdehnt, so hat der Militäركommandant in Philippopol, General Stalbin, um eine entsprechende Verstärkung der momentan sehr geschwächten Besatzung dieser Stadt gebeten. Die Revolten entwickeln besonders in dem nächst Hasskeni gelegenen Gebirgsabschnitte eine sehr große Müdigkeit. Ein russischer Stabsoffizier versicherte heute allen Ernstes, daß der kommandierende General in Erfahrung gebracht habe, daß sich bei den Pomaken zwei türkische Paschas (Hassan und Ibrahim) und mehrere englische Offiziere befinden, welche die Organisierung, Abrichtung und Führung derselben leiten. Die erste Angabe ist entschieden unrichtig; es befinden sich lediglich einige ehemalige Subalternoffiziere bei den Aufständischen.

Gestern sprach ich mit den beiden türkischen Delegierten Samih Pascha und Wassia Efendi und erfuhr über den Stand ihrer Mission Folgendes: Der Insurrectionsschauplatz wurde in zwei Bonen eingeteilt, die östliche und westliche. Von den die Kommission begleitenden drei Generalstabsoffizieren wurde dem Obersten Mustapha Bey die erste und den Majoren Ismail Bey und Aleko Sichni Efendi die letztere zugetheilt. Mustapha Bey ging am verlorenen Sonntag nach Hasskeni und die beiden anderen Offiziere nach Stanimaka ab; eine russische Escorte begleitete sie bis zu den Vorposten. Den türkischen Delegierten auf ihren Bereisungen russische Offiziere als Kommissionsmitglieder beizuordnen, fand man russischerseits mit Rücksicht auf die sehr gereizte Stimmlistung der Revolten nicht gerathen und ließ sonach diese Absicht fallen. Die benannten Delegierten erhielten von Samih Pascha die Instruction, die verzeichneten in ihrer Zone liegenden Orte zu inspizieren und vor allem genau die Ursache der kriegerischen Erhebung festzustellen und die Chefs dieser Bewegung einzuladen, nach Philippopol zu kommen beufs gemeinsamer Konferenz mit den Abgesandten der Beförderung. Den Chefs der Aufständischen wurde zu diesem Beförderung vom russischen Hauptquartier freies Geleite zugesichert. Aleko Sichni Efendi hatte das Unglück, auf seiner Dienstes tour zu sterben und sich den Fuß zu beschädigen, weshalb er wieder nach Philippopol gebracht werden mußte.

Ueber das bisherige Ergebnis der Reise der beiden anderen Offiziere ist Samih Pascha begreiflicherweise ohne jede Kenntnis, erwartet jedoch in einigen Tagen Nachrichten, von welchen die weiteren Maßnahmen des Paschas abhängen werden. Samih Pascha und Wassia Efendi, welche sich wegen ihres mit Gerechtigkeit und Tact verbundenen concilianten Wesens des besten Ruhes erfreuen, sind mehr als andere zur Lösung der ihnen gestellten schwierigen Aufgabe befähigt. Die vielfachen Mittelheilungen, welche dem mehrgenannten Pascha auf anderem Wege zugingen und welche ein schauderrengendes Bild der unglaublichen Greuelthaten entrollten, welche die Bulgaren an diesen unglücklichen Bauern verübt hatten, machen eine sofortige Beilegung der Revolte sehr fraglich. Wassia Efendi ist noch gestern nach Adrianopel abgereist, um die Gründe der Emigration zu untersuchen, welche in türkischen, an dem Ardaflüsse liegenden Ortschaften, wie verlautet, deshalb ausgetrieben ist, weil die Bulgaren mehrere Ortschaften in Brand steckten, als die Türken sich der Besitzergreifung seitens der Bulgaren widersetzten und sich nicht gutwillig in die Vertreibung von Haus und Hof fügen wollten.“

Tagesneuigkeiten.

— (Die Hinrichtung Stefan Rosza's.) Montag früh fand in Pest die Verkündigung des Todesurtheils gegen den Raubmörder Stefan Rosza statt, der in Gemeinschaft mit seinem Bruder Julius im Januar dieses Jahres das Verbrechen des Raubmordes an dem Chepaare Pajor in Neupest begangen hatte. Der Oberste Gerichtshof bestätigte die über Julius Rosza verhängte zwanzigjährige Kerkerstrafe und das Todesurtheil gegen Stefan. Einige Minuten nach 8 Uhr wurden auf ein Zeichen des Präsidenten die Verurteilten vorgeführt. Zuerst erschien hinter dem Gefängnisinspektor Ludwig Horvath der zum Tode verurteilte Stefan Rosza in Straßlingstracht von grauer Leinwand. Zwei Gerichtswächter mit aufgespanntem Bajonett und zwei andere mit Seitengewehren versehene Gerichtswächter nahmen ihn zwischen sich und führten ihn vor die Schranke. Unmittelbar hierauf trat — mit demselben Gesölge — Julius Rosza ein. Stefan Rosza schien äußerst bleich und blickte regungslos vor sich hin. Nachdem die Delinquenzen an ihre Plätze vor den Schranken getreten waren, erklärte Präsident Bogisich die Sitzung für eröffnet und verlas hierauf das auch von dem Kaiser bestätigte Urtheil des Obersten Gerichtshofes. Der Präsident wendete sich dann zu dem Delinquenten, der bisher vollkommen regungslos zugehört hatte, und sprach: „Verurteilter Stefan Rosza! Sie werden für das vollbrachte entsetzliche Verbrechen von der härtesten Strafe betroffen, die einem Menschen zugemessen werden kann. Präsident Bogisich hält hier unwillkürlich inne und bedeckt, von seinen Gefühlen überwältigt, für einige Sekunden sein Gesicht mit den Händen. Er fährt sodann fort:) Sie haben das irdische Leben verwirkt, allein Sie können noch das Heil Ihrer unsterblichen Seele gewinnen. Es ist dafür gesorgt, daß im Laufe des heutigen Tages ein römisch-katholischer Geistlicher Sie besuche und Sie mit den Heilsprinden der Kirche tröste. Empfangen Sie den gesalbten Diener Gottes mit Ehrerbietung und nehmen Sie seine Tröstungen als geistige Stärkung an — der ewig gerechte Gott verzeiht jedem wirklich reuigen Schuldbären. Auf Erden werde dem Beleidigten Recht und der Justiz ihre Sühne — bei Gott im Himmel ist Gnade!“ Stefan Rosza, der diese Worte ohne das geringste erkennbare Zeichen irgend welchen guten oder bösen Gefühls, ohne auch nur eine Miene zu verzieren, angehört hatte, öffnete nun den Mund, und bei der lautlosen Stille im Saale wurden die in ungarischer Sprache, in bittendem Tone mehr geslusterten als gesprochenen Worte vernehmbar: „Ja, ich bitte auch, daß man meinen Angehörigen gestatte, mich heute besuchen zu dürfen.“ — Präsident Bogisich: „Es sind Anordnungen getroffen, daß Sie heute mit allen sprechen dürfen, nach denen Sie verlangen. Ich erkläre hiemit die Sitzung für geschlossen.“ Die beiden Delinquenzen wurden hierauf abgeführt und der Gerichtssaal geräumt. Nach seiner Ankunft in der Strafanstalt verzehrte Rosza mit Appetit einen Paar Frankfurter Würste und ein Glas Bier, rauchte eine Britannica-Zigarre und wünschte, man möge ihm zu Mittag nicht Fleisch geben, denn das habe er schon lange fast, sondern eine Erdäpfelsuppe und Topfenhaluska. Um 12¹/₄ Uhr verzehrte er diese Mahlzeit bis auf den letzten Rest und trank auch Wein dazu. Unter Anwesenheit von ungefähr 120 Personen wurde Dienstag um 7 Uhr morgens im Hofe des Arbeitshauses die Justifizierung des Raubmörders Stefan Rosza vollzogen. Schlag 7 Uhr begann der traurige Act; er war noch zwei Minuten vorüber. Bevor der Scharfrichter seines Amtes walzte, bat der Delinquent, zum Publikum sprechen zu dürfen. Rosza erbat sich von seinen Mitbürgern Verzeihung und sprach die Hoffnung aus, Gott werde ihm gleichfalls verzeihen, da er tiefe Reue empfinde. Als ihm die Schlinge um den Hals geworfen ward, rief der Delinquent den Anwesenden vom Gerüste herab zu: „Gott segne euch!“ Sechzehn Minuten später constatierte ein anwesender Gerichtsarzt die vollständige Erstarrung. Im Justizministerium waren alle Vorbereitungen getroffen, um ein eventuell aus Wien einlangendes Begnadigungstelegramm in raschster Weise ins Gefängnis gelangen zu lassen.

— (Selbstmord eines Priesters.) Der Cooperator in St. Leonhard in Oberösterreich, Herr Karl Löschner, hat, wie das „Linzer Blatt“ sagt, in einem Anfalle von Irrenzustand sich erschossen.

— (Pariser Feste.) Für den 14. Juli, als den Jahrestag der Erstürmung der Bastille, bereitet der Pariser Gemeinderath, und diesmal mit Zustimmung der Regierung, ein großes Fest vor. Die Stadt soll für dasselbe nicht weniger als 300,000 Franken ausgeben. Das von einem Ausschuss des Gemeinderathes entworfene Programm umfaßt folgende Punkte: 1.) Entfaltung des Standbildes der Republik; 2.) Beleuchtung der öffentlichen Gebäude mit elektrischem Lichte und mit Gas; 3.) Wasserillumination auf der Seine; 4.) Konzert mit 17 Orchestern an verschiedenen Punkten der Stadt; 5.) Empfangsfeierlichkeit auf dem Trocadero, wo der Pariser Gemeinderath die städtischen Vertretungen Frankreichs und des Auslandes willkommen heißt. Dies ist der Vorschlag, welcher im Gemeinderathe von Herrn Viollet-Leduc im Namen des Ausschusses eingeführt und von der Versammlung angenommen wurde,

obgleich der Seinepräfect warnend daraufhin wies, daß nach einem eben erst vom Minister des Innern erlassenen Briefe die Regierung die Initiative zu der Veranstaltung derartiger Festlichkeiten für sich in Anspruch nehme.

— (Der Ministermord in Japan.) Am 14. d. ist der zweite dirigierende Minister in Japan, Okubo, in der Straße der Hauptstadt, während er zu einem Kabinettsrath auf dem Wege war, von fünf Attentätern ermordet worden. Okubo war der Anreger und Vertheidiger all der Reformen, gegen welche die neueste Erhebung in Japan gerichtet war. Er war einer der letzten Überlebenden des letzten Aufstandes und deshalb besonders verabscheut von den Vertheidigern der durch ihn unterdrückten Missbräuche. Sämtliche fünf Attentäter wurden verhaftet.

— (Eine Riesenzeitung.) In Amerika erscheint eine Zeitung, deren Format von den größten bisher erschienenen Journals nicht annähernd erreicht wurde. Ausgebretet hält sie bei einem Gewichte von 231 Gramm einen Flächenraum von vier Metern; sie hat acht Seiten, jede zu zwölf Spalten mit 367 Zeilen, was 4404 Zeilen für die Seite und 35,232 Zeilen für alle acht Seiten ergibt. Der Zeileninhalt würde also, unter Annahme von 25 Zeilen für die Seite und von nahezu 300 Seiten für den Band, ungefähr fünf Buchbände repräsentieren, was wieder, wenn diese Zeitung nur einmal in der Woche erschiene, in Jahresfrist eine Bibliothek von 260 Bänden bilden, wäre sie aber täglich und mit Ausfall der Sonn- und Festtage an 300 Tagen ausgegeben, einen Bücherschrank mit 1500 Bänden füllen würde.

Lokales.

— (Militärveränderung.) Der Hauptmann zweiter Klasse Adolf Halla des Infanterieregiments Erzherzog Leopold Nr. 53 wurde mit Wartegebiß beurlaubt.

— (Zur Baufrage des neuen Sparkassegebäudes.) Da das Abstimmungsergebnis der wegen Errichtung des neuen Sparkassegebäudes jüngst abgehaltenen Generalversammlung des trainischen Sparkassevereins seitens der politischen Behörde für ungültig erklärt wurde, da mehrere nach den Vereinsstatuten in diesem speziellen Falle zur Stimmenabgabe nicht berechtigte Mitglieder an letzterer teilgenommen haben, so wird es Sache einer neuen, unter Ausschluß aller in dieser Frage persönlich interessierten Mitglieder einzuberufenen Generalversammlung sein, die Baufrage der endgültigen Beratung und Schlussfassung zu unterziehen. Aus diesem Anlaß circuliert gegenwärtig unter den Hausbesitzern und Bewohnern Laibachs eine von den Freunden des Kosler'schen Bauprojektes verfaßte, an die Generalversammlung des Sparkassevereins gerichtete Petition, in welcher letztere dringend ersucht wird, dem speziell vom Laibacher Standpunkte aus unzweifelhaft weit vortheilhafteren Kosler'schen Projekte die Zustimmung zu ertheilen. Angesichts der Wichtigkeit, die diese Frage für unsere Stadt besitzt, und des regen Interesses, mit dem man der diesbezüglichen Entscheidung entgegensteht, theilen wir nachstehend die erwähnte Petition — die übrigens auch in der Handlung des Herrn C. Karinger zur Unterzeichnung aufliegt — vollinhaltlich mit. Dieselbe lautet:

„An die hochlöbliche Generalversammlung des kain. Sparkassevereins in Laibach. Bevor die Entscheidung über den Bauplatz für das neue Sparkassegebäude gefällt wird, erlauben sich die gesertigten Hausbesitzer und Bewohner Laibachs nochmals ihre Wünsche und Ansichten zum Ausdrucke zu bringen. Wir erblicken in dem hiesigen Sparkasse-Institut den Stolz unseres Landes, hegen für das Gedeihen desselben jederzeit die wärmsten Sympathien, und wenn dasselbe von einem Nachtheile bedroht werden sollte, so wird es an uns gewiß die eifrigsten Vertheidiger finden. Allein wir vermögen die Befürchtungen einer Anzahl Vereinsmitglieder nicht zutheilen, welche die Wahl des Baugrundes im Kosler'schen Garten als den geschäftlichen Interessen des Sparkasse-Institutes abträglich anzusehen, denn die unbefangene und leidenschaftslose Prüfung der gegebenen Verhältnisse drängt uns die Überzeugung auf, daß die Licht- und Schattenseiten zwischen den beiden im Antrage bestudlichen Bauplätzen, nämlich dem bei Novak und dem im Kosler'schen Garten, sich die Wage halten, ja daß bei letzterem die zweckmäßige Gruppierung und Unterbringung der Lokalitäten sowie die Bedingnis für Luft und Licht augenscheinlich eine günstigere ist, als bei ersterem. Was uns aber das Projekt, den Kosler'schen Garten in Anspruch zu nehmen, hauptsächlich wünschenswerth erscheinen läßt, das ist die Rücksicht auf die bauliche Entwicklung Laibachs, welche durch dasselbe eine großartige Förderung erfahren würde. Diese Aussicht ist es, welche dem erwähnten Projekt die Sympathien des überwiegenden Theiles der Bevölkerung unserer Stadt zuwandte, und in der That nicht nur jenes Theiles, der an der Verschönerung und Vergrößerung unserer Stadt einen idealen Anteil nimmt, sondern auch desjenigen, der an der Belebung der geschäftlichen und gewerblichen Tätigkeit in unseren Mauern ein materielles Interesse hat. Beide begrüßen das Projekt mit ungetheilter Freude und sind von dem lebhaften Wunsche nach dessen Erfüllung beseelt. Indem die Unterzeichneten sich zu Dolmetschen dieser Gesinnungen machen,

welche mit vollster Berechtigung als die der überwiegenen Mehrheit der Bewohner Laibachs bezeichnet werden dürfen, sprechen sie zugleich die Hoffnung aus, daß die v. t. Mitglieder des Sparfasservereins dem lokalpolitischen Geiste, welcher sich in dieser Frage so einmütig und unzweideutig ausspricht, Rechnung tragen und den Antrag, das neue Amtsgebäude im Kosler'schen Garten zu erbauen, zum Beschlusse erheben werden. Sie werden dadurch, ohne das Interesse des Sparfass-Institutes irgendwie zu schädigen, den Beweis erbringen, daß sie, frei von voreingenommenen Meinungen und engbegrenzten Anschaunungen, sich den offenen Blick in die Zukunft zu bewahren wußten, daß sie als Bürger dieser Stadt auch das Verständnis für das wahre Wohl derselben besitzen.“

— (Der Urtheilspruch im Raubmordprozeß Bole.) Gestern Nachmittag wurde vom hiesigen Schwurgerichtshofe nach zweitägiger Dauer die Schlussverhandlung im Raubmordprozeß Franz Bole zu Ende geführt. Der vom Obmann der Geschworenen, Herrn Bauer, nach kurzer Berathung in Anwesenheit eines zahlreichen Auditoriums, das der ganzen Verhandlung mit regstem Interesse gefolgt war, verkündete Wahrspruch lautete mit 11 gegen 1 Stimme auf „schuldig.“ Auf Grund dieses Erkenntnisses verkündete der Präsident des Gerichtshofes, Landesgerichtspräsident Gertscher, um halb 3 Uhr das Urtheil, dem zufolge der Angeklagte Franz Bole des Verbrechens des verübten Raubmordes schuldig erkannt und nach §§ 134, 135 St. G. zum Tode durch den Strang und nach §§ 1327 St. G. zur Ergänzung von 210 fl. an die Witwe des ermordeten verurtheilt wurde. Franz Bole, der sich während der ganzen Verhandlung nicht nur mit schlagfertiger Sicherheit, sondern geradezu mit impertinenter Arroganz benommen hatte, so daß er seines den Zeugen gegenüber beleidigenden und mitunter selbst drohenden Benehmens wegen vom Vorsitzenden wiederholt ernst gerügt und zur Ordnung gerufen werden mußte, nahm auch die Verkündigung seines Todesurtheiles mit scheinbar vollkommener Gleichgültigkeit auf und erklärte sofort, daß er gegen dasselbe die Berufung anmeldet. Schließlich wandte er sich mit einem geringeschätzenden Blicke zu den Geschworenen und rief ihnen in pathetischem Tone slovenisch die Worte zu: „Dahin kommt es, wenn der Bauer über den Bauern zu Gerichte sitzt!“

— (Befürchtete Frostschäden in Krain.) Der zweitägige Gewitterregen, der Anfangs dieser Woche in Laibach eintrat, hat begreiflicherweise ein sehr bedeutendes Sinken der bisher ungewöhnlich hohen Temperatur zur Folge gehabt. Von + 29° C., die wir Sonntag den 19. d. M. um 2 Uhr nachmittags als höchsten bisherigen Stand in Laibach hatten, war die Temperatur vorgestern, den 22. d., um 9 Uhr abends bereits auf + 9 bis + 8° C. gesunken; am 23. d. um 2 Uhr morgens zeigte das Thermometer bereits + 7° C. und um 6 Uhr morgens sogar nur + 5° C. Ein noch weiteres Sinken der Temperatur hat der dichte Nebelschleier glücklicherweise verhütet, der sich in derselben Nacht über Laibach und Umgebung ausbreitete und uns so vor dem Eintritte des bei reinerer Luft unvermeidlichen Frostes bewahrte, der im gegenwärtigen Augenblick von unberechenbarem Schaden wäre. Doch steht bei dem Umstände, als alle Berges spitzen frisch beschneit erscheinen, leider zu befürchten, daß andere, weniger geschützte Gegenden unseres Heimatlandes nicht so glücklich davongekommen sein dürften, was wol jeder Heimatfreund im Interesse der in den vorangegangenen Monaten ohnehin schon hart genug geprüften Landwirthe bitter beklagen müßte. Im Laibacher Felde hat die vorige Nacht, soweit unsre, allerdings nur beschränkten Informationen reichen, keinen nennenswerten Schaden angerichtet (bloß aus Drausen und Umgebung wird uns von einem Dienstag Nachmittag eingetreteten nicht unbedeutenden Hagelschäden berichtet); hoffen wir, daß uns die nächsten Tage aus Ober-, Inner- und Unterkrain nicht wesentlich schlimmere Botschaft bringen.

— (Feuer im Weineller.) Der dem Grundbesitzer Johann Mikc von Leskouz im politischen Bezirk Rudolfswerth gehörige, im Weingebirge von Toustiwerth gelegene hölzerne Weineller geriet am 10. d. M. um 8 Uhr abends in Brand, und wurde hiebei der Dachstuhl und das Vorhaus eingeäschert. Der durch den Brand angerichtete Schade, gegen den der Besitzer nicht versichert war, beispielt sich auf 100 fl. Man vermutet, daß das Feuer infolge Unvorsichtigkeit beim Tabakrauchen entstanden ist.

— (Petition.) Der Gemeinderath der Stadt Klagenfurt beschloß in seiner letzten, am 21. d. M. abgehaltenen Sitzung einhellig eine Petition an das Unterrichtsministerium um Fortbelassung der zur Auflösung beantragten dortigen Lehrerinnenbildungsanstalt.

Aus dem Schwurgerichtsaale.

Laibach, 22. Mai.

Verbrechen des Raubmörders.

(Erster Verhandlungstag.)

(Fortsetzung.)

Die Anklage ergeht sich nun, da der Angeklagte Franz Bole sich während der ganzen Untersuchung langsam verhielt, in die Aufführung der gegen ihn von 25 Zeugen vorgebrachten belastenden Umstände, auf deren

